ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gronwald, Marc; Ketterer, Janina; Lippelt, Jana

Article

Kurz zum Klima: Klimaschutz im Accord

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Gronwald, Marc; Ketterer, Janina; Lippelt, Jana (2010) : Kurz zum Klima: Klimaschutz im Accord, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 63, Iss. 04, pp. 53-55

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/164788

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Kurz zum Klima: Klimaschutz im Accord

Marc Gronwald, Janina Ketterer und Jana Lippelt

Das Ergebnis des Klimagipfels in Kopenhagen, der Anfang Dezember des vergangenen Jahres stattfand, wird gemeinhin als Enttäuschung bewertet. Aus welchen Gründen das Treffen ohne Einigung zu Ende ging, wurde an anderen Stellen hinlänglich debattiert. Fakt ist, dass sich die Teilnehmer nicht auf einen völkerrechtlich bindenden Vertrag einigen konnten. Am Ende stand lediglich der so genannte »Copenhagen Accord«, der von den versammelten Ländern aber nur »zur Kenntnis« genommen wurde.

In diesem Beitrag aus der »Kurz-zum-Klima«-Reihe soll auf einen interessanten Aspekt dieses Accords hingewiesen werden. Vereinbart wurde, dass die Länder bis zum 31. Januar 2010 ihre Klimaziele für das Jahr 2020 beim UN-Klimasekretariat vorlegen sollen. Dabei handelt es sich lediglich um nationale Absichtsbekundungen, die nicht bindend sind. Nach Aussagen des UN-Klimasekretariats haben 65 Länder entsprechende Angaben gemacht. Hiervon sind 38 so genannte Annex-I-Länder (inklusive der 27 EU-Staaten), die Kyoto-Ziele für das Jahr 2012 formuliert haben. Problematisch ist, dass diese Länder zwar Reduktionsziele für den Ausstoß von Treibhausgasen angegeben, aber oft unterschiedliche Basisjahre verwendet haben. Um diese Angaben vergleichbar zu machen, wurden sie für diesen Beitrag auf das einheitliche Bezugsjahr 1990 umgerechnet (vgl. dazu die obere Karte in Abb. 1). Diese Berechnungen zeigen beispielsweise, dass sich die Ziele der USA, Kanadas und Australiens bei Umrechnung auf das Basisjahr 1990 in eine geringe Reduktion oder sogar leichte Steigerung der Emissionen verwandeln. Wenig überraschend ist, dass die Länder der Europäischen Union und Norwegen mit ihren Reduktionszielen weltweit an der Spitze liegen. Russlands Ziel liegt in vergleichbarer Größenordnung, da die russischen Emissionen nach 1990 zunächst drastisch eingebrochen und vor diesem Hintergrund zu bewerten sind.

Länder, wie China oder Indien, haben keine absoluten Reduktionsziele angegeben, sondern lediglich Verbesserungen der Treibhausgasintensität ihres Sozialprodukts angekündigt (bezeichnet als »Intensitätsziele«). Da es sich bei diesen Ländern um sehr stark wachsende Volkswirtschaften handelt, ist nicht davon auszugehen, dass es tatsächlich Reduktionsziele im engeren Sinne sind. Länder, wie Mexiko, Brasilien oder Südkorea, legen zudem ihre Ziele mit Bezug auf die erwarteten Emissionen im Jahr 2020 fest (diese Länder sind durch die Kategorie »projektionsbasierte Ziele« gekennzeichnet). Die meisten kleineren Nicht-Annex-I-Staaten haben verbale Ziele, wie beispielsweise die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien oder die Durchführung von Aufforstungsmaßnahmen, formuliert. Einige Länder, wie Bhutan und Costa Rica, wollen CO_2-neutral werden; global können deren Emissionen allerdings als vernachlässigbar bezeichnet werden.

Es ist lohnenswert, diese Zahlen und den Copenhagen Accord vor dem Hintergrund des »grünen Paradoxons« zu diskutieren, auf welches Hans-Werner Sinn (2008) hingewiesen hat. Die globale Klimapolitik sollte darauf zielen, den Verbrauch kohlenstoffhaltiger Ressourcen so weit wie möglich in die Zukunft zu verlagern. Dazu werden verschiedenste umwelt- und klimapolitische Maßnahmen angestrengt. Es besteht aber die Gefahr, dass diese Bemühungen zum »grünen Paradoxon« führen. Denn sehen sich die Ressourceneigentümer einer ständig »grüner« werdenden Umweltpolitik gegenüber, werden sie die Extraktion ihrer Ressourcen nicht, wie gewünscht, in die Zukunft verlagern, sondern vorziehen. Die grüner werdende Umweltpolitik wirkt für die Eigentümer der Ressourcen wie eine größere Enteignungswahrscheinlichkeit. Ein Vorziehen der Extraktion führt aber zu einer Verschärfung des Klimawandels.

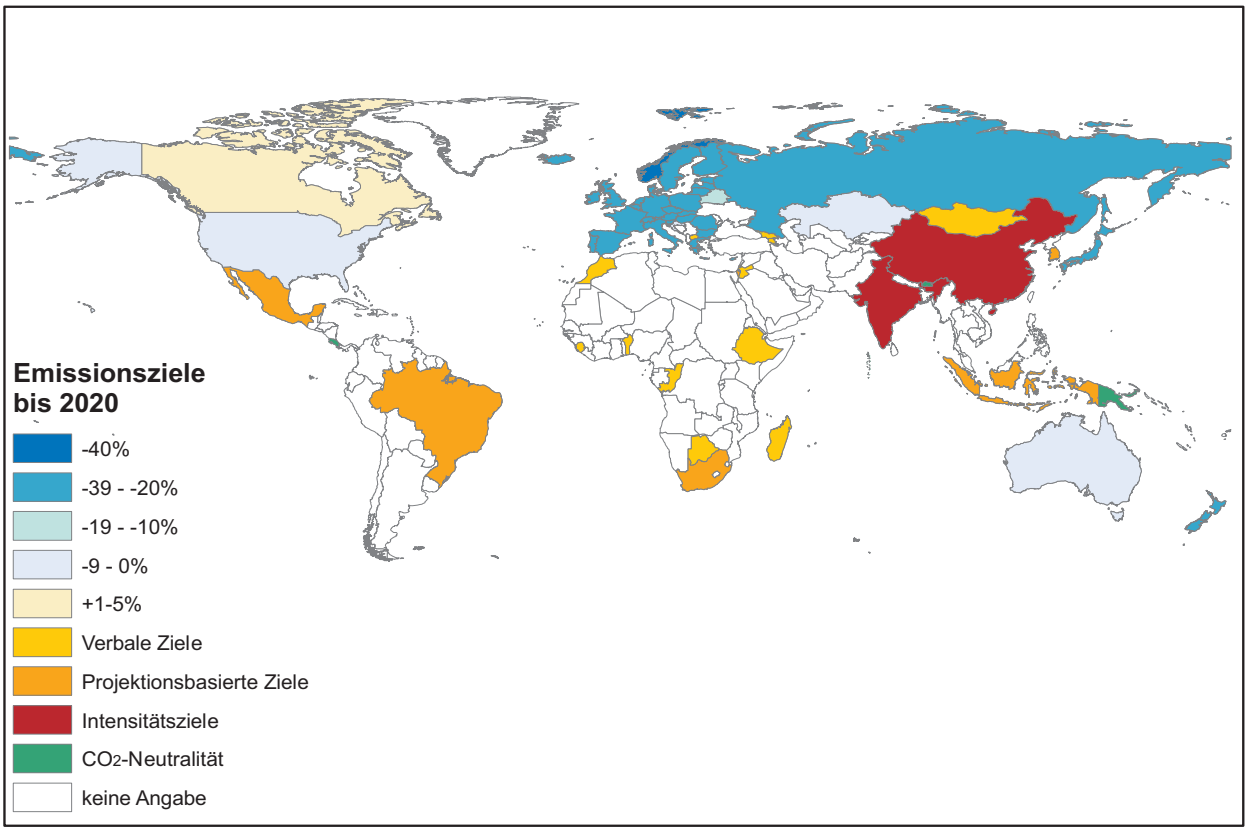
Der Ausweg besteht in der Verabschiedung eines globalen Emissionshandelssystems, das die Nachfrage nach Kohlenstoff beschränkt und den Ressourceneigentümern gegenüber wie ein Nachfragekartell wirkt. Offensichtlich ist es in Kopenhagen nicht zu einer globalen Einigung gekommen. Besonders problematisch ist es in diesem Zusammenhang, wenn nur ein Teil der Länder entsprechende Maßnahmen ankündigt (vgl. Sinn 2008). Dann senkt die Nachfragereduktion nach der Ressource zwar den Preis – dies hilft aber den Ländern, die ihre Nachfrage nicht einschränken wollen. Kann nun der Copenhagen Accord die Wirkung eines Nachfragekartells erreichen?

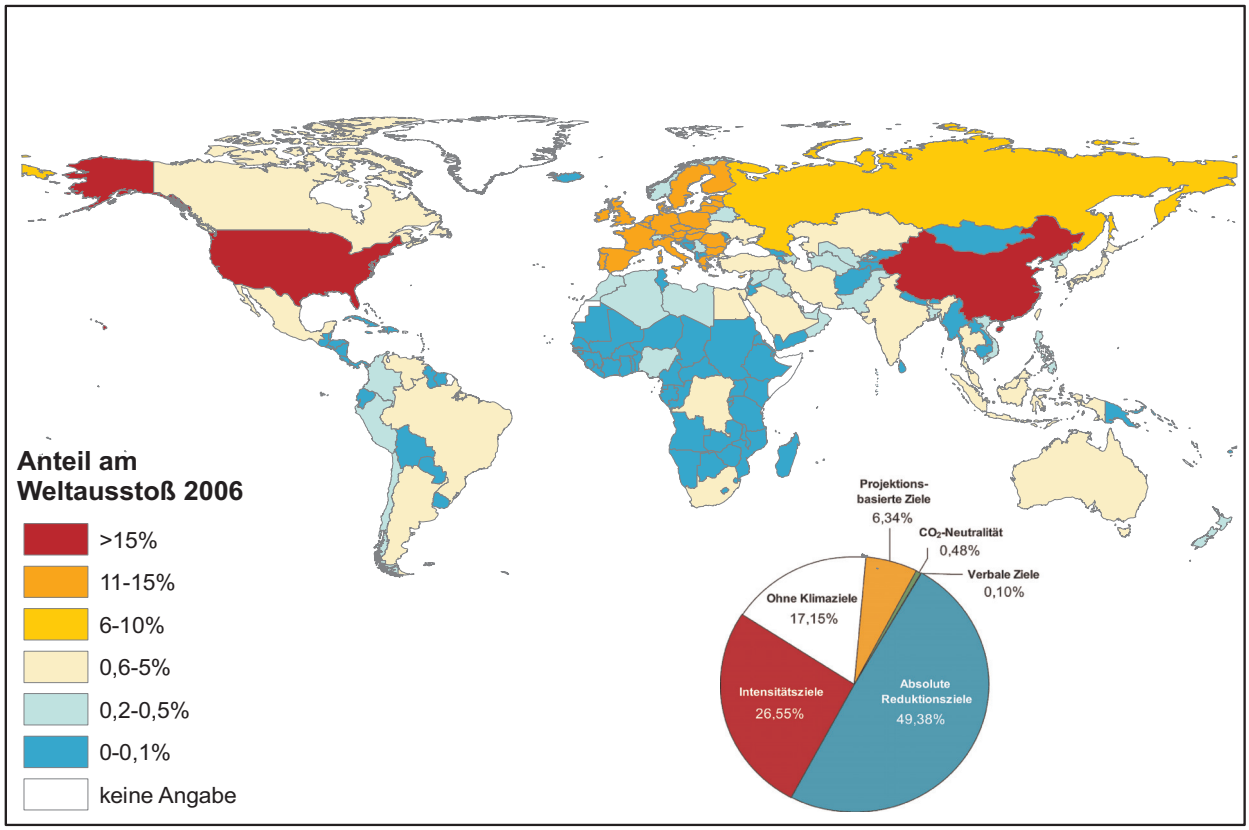
Nach dem Ablaufen der Frist am 31. Januar 2010 gab das UN-Klimasekretariat bekannt, dass die Länder, die ihre Reduktionsziele für 2020 übermittelt haben, für ca. 80% der weltweiten Emissionen verantwortlich seien. Dies erscheint zunächst als beträchtlicher Zuwachs, verglichen mit den bisherigen Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls.

Allerdings besteht zu Begeisterung noch kein Anlass. Die untere Karte in Abbildung 1 stellt den Anteil der einzelnen Länder an den weltweiten Emissionen des Jahres 2006 dar. Das Diagramm fasst die Anteile gemäß der im oberen Teil verwendeten Länderklassifizierung zusammen. Demnach sind die Länder, die explizite quantitative Reduktionsziele angekündigt haben, lediglich für 50% der weltweiten Emissionen im Jahr 2006 verantwortlich, Indien und China hingegen allein für ca. 27%. Auf die Staaten mit projektionsbezogenen Zielen fallen ca. 6% der weltweiten Emissionen.

Es ist ersichtlich, dass die Länder sehr inhomogene Klimaziele angekündigt haben und dass wichtige Emittenten wie China keine absoluten Reduktionsziele nennen. Weiterhin zeigen die oben angeführten Berechnungen, dass die Reduktionsziele vieler Länder nur sehr moderat sind. Die Abbildung gibt zudem nur die bedingten Emissions-

Abb. 1
Emissionsziele und Emissionen





Quelle: World Resources Institute (2006); UNFCCC (1990; 2000; 2005).

ziele an, bei denen vorausgesetzt wird, dass sich alle großen Emittenten an Maßnahmen zum Klimaschutz beteiligen. Viele Länder haben Ziele, die nicht an eine Bedingung geknüpft sind, formuliert – diese liegen allerdings deutlich unter den bedingten Zielen. In Europa variieren diese beiden Ziele um 10 Prozentpunkte. Das bedingte Ziel von Australien ist eine Emissionsreduktion um 6% im Vergleich zu 1990, das unbedingte Ziel würde hingegen eine Steigerung um 19% zulassen. Das wesentliche Problem dieser Klimaversprechen ist allerdings, dass sie keinen bindenden Charakter aufweisen und das Verfehlen der Angaben ohne jede Konsequenz bleibt.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen kann der Copenhagen Accord nicht als besonderer Erfolg gefeiert werden.

Literatur

Boden, T.A., G. Marland und R.J. Andres (2009), *Global, regional and National Fossil Fuel CO_2 Emissions*, Carbon Dioxide Information Analysis Center, http://cdiac.ornl.gov/trends/emis/overview.html.

Houghton, R.A. (2008), *Carbon Flux to the Atmosphere from Land-Use Changes: 1850–2005*, TRENDS: A Compendium of Data on Global Change. Carbon Dioxide Information Analysis Center, http://cdiac.ornl.gov/trends/landuse/houghton/houghton.html.

International Energy Agency (IEA) (2008), *CO_2 Emissions from Fuel Combustion*, Paris.

Sinn, Hans-Werner (2008), *Das grüne Paradoxon*, Econ, Berlin.

U.S. Energy Information Administration (EIA) (2008), *International Energy Annual 2006*, Washington.

U.S. Environmental Protection Agency (EPA) (2006, revised), *Global Anthropogenic Emissions of Non-CO_2 Greenhouse Gases 1990–2020*, Washington.

World Bank (2010), *World Development Report 2010: Development and Climate Change*, Washington.